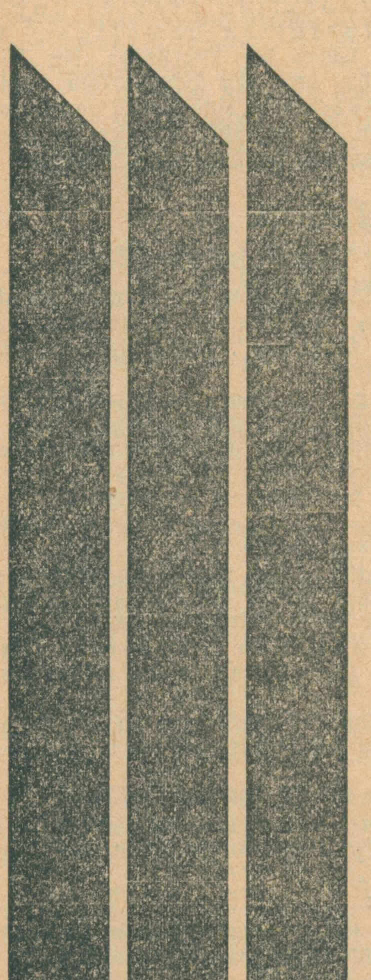
Sowjetgranaten



Sowjetrußland als Munitionslieferant für die Reichswehr

Berlin im März 1927

Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Um die Jahreswende fiel der Vorhang, der bis dahin die verbrecherische Zusammenarbeit zwischen Sowjetregierung und deutscher Reichswehr verdeckte. Es erfolgten Enthüllungen und Feststellungen von welthistorischer Bedeutung, denn sie zeigten — nicht zum erstenmal, aber diesmal ganz besonders schlagend — das doppelte Gesicht der „Moskauer Marxisten" und den wahren Charakter der kommunistischen Politik.

Die Enthüllungen, um die es sich handelt, haben dem deutschen Proletariat bewiesen, daß Moskau die Revolution predigt und zu gleicher Zeit die Gegenrevolution bewaffnet. Ein verräterisches Spiel sondergleichen haben die Verkünder der Weltrevolution in Moskau auf Kosten des deutschen Proletariats gespielt. Die leitenden Männer Sowjetrußlands betreiben eine Politik von beispiellosem Zynismus, für die das Leben der deutschen Arbeiterschaft nicht mehr ist, als ein Stein auf dem Schachbrett der Interessen Moskaus.

Die Tatsachen.

1. Die Enthüllungen des Manchester Guardian.

Die ersten Enthüllungen über die illegialen Beziehungen zwischen der Reichswehr und der russischen Sowjetregierung erschienen am 3. Dezember 1926 im „Manchester Guardian", der großen englischen liberalen Zeitung. Das Blatt berichtete:

Es ist eine Tatsache, daß von den Junkers-Werken in Rußland eine Flugzeugfabrik erbaut worden ist, um Militärflugzeuge sowohl für deutschen wie für russischen Gebrauch herzustellen. Maßnahmen wurden auch von deutschen und russischen Militärsachverständigen ergriffen, um

chemische Fabriken in Rußland zur Herstellung von Giftgasen

für beide Länder zu errichten. Diese Arbeiten begannen mindestens vor fünf Jahren, aber sie sind seitdem stets in Gang gewesen.

Um die notwendigen Arbeiten durchzuführen, sind Reichswehroffiziere nach und aus Rußland mit falschen Pässen gereist, die von den russischen Behörden mit dem nötigen Visum versehen wurden.

General Seeckt stand mit den Russen in den denkbar besten Beziehungen, besonders mit hervorragenden Offizieren der Sowjetarmee.

Als weitere „recht beunruhigende Tatsache" wurde dann im „M. G." mitgeteilt, daß **im November 1926 mehrere Schiffe** aus Rußland in Stettin anlangten. Ihre Ladungen bestanden aus

Waffen und Munition, offenbar für die Reichswehr bestimmt.

Es folgten weitere Enthüllungen des englischen Blattes, die sich vor allen Dingen auf die **Zusammenarbeit zwischen dem Reichswehrministerium und den Junkers-Werken** bezogen.

Im einzelnen wurde mitgeteilt:

Das **deutsche Reichswehrministerium** trat im **Sommer 1921** an die Junkers-Werke heran und lud sie zu einer Zusammenarbeit bei gewissen Plänen ein. Die Pläne gingen dahin, eine

Kriegsindustrie für deutsche Zwecke auf russischem Boden

ins Leben zu rufen, wobei die finanziellen Lasten von den Deutschen getragen werden sollten. Die Aufgabe der Junkers-Werke sollte die Erzeugung von

Luftfahrzeugen sein, von denen einige von den **Russen** übernommen werden sollten, die größere Anzahl jedoch **Deutschland** zur Verfügung stehen sollte. **Im Dezember 1921** besuchte eine aus vier Personen bestehende **Delegation**, zwei Vertreter von Junkers und zwei **Vertreter des Reichswehrministeriums Moskau, um der russischen Regierung einen Vertragsentwurf zu unterbreiten.** Das Kapital, welches das deutsche Reichswehrministerium der Firma zur Verfügung zu stellen sich erboten hatte, betrug **21 Millionen Goldmark.**

Die vier Delegierten reisten unter angenommenen Namen mit falschen Ausweispapieren.

Die Russen zeigten große Bereitwilligkeit, zu einem Abkommen zu kommen. **Die Verhandlungen lagen weitgehend in den Händen von Reichswehroffizieren.** Die Firma Junkers wurde ernstlich besorgt, als sie erfuhr, daß **das deutsche Reichswehrministerium ähnliche Abmachungen mit anderen deutschen Rüstfirmen zum Zwecke der Erzeugung von Rüstungsmaterialien in Rußland** getroffen hatte.

Tatsächlich zeigte sich, daß zwischen dem Reichswehrministerium und der russischen Regierung eine Militärkonvention existiert hat.

Trotz der Schwierigkeiten wurde **das Abkommen im Februar 1923 ratifiziert. Am 5. Mai 1924 wurde ein neues Abkommen zwischen dem deutschen Reichswehrministerium, den Junkers-Werken und der russischen Regierung unterzeichnet.**

2. Die Giftgasfabrik in Trozk.

Was Angehörige der Belegschaft berichten.

Ueber die chemische Fabrik in Rußland zur Herstellung von Giftgasen wurde bald näheres bekannt. Wie der Abgeordnete **Scheidemann** in seiner Reichstagsrede vom 17. Dezember 1926 mitgeteilt hat, handelt es sich um die **Einrichtung einer Giftgasfabrik in Trozk im Gouvernement Samara.**

Die Einrichtung erfolgte durch die Hamburger Firma Dr. Hugo Stolzenberg im Auftrag der „Gefu“ (der mysteriösen „Gesellschaft zur Förderung gewerblicher Interessen“), die mit dem Reichswehrministerium in Verbindung steht und über die im nächsten Abschnitt noch näheres zu sagen sein wird.

Von 1923 bis 1926 ist an dieser Fabrik gebaut worden. Ueber die Einzelheiten gibt am besten Auskunft die **Unterredung,** die der Reichstagsabgeordnete **Künstler** im Dezember 1926 mit einigen Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei hatte, die als **Arbeiter im ersten Halbjahr 1926 in dieser Giftgasfabrik tätig** gewesen sind. Die Unterredung lautet:

F r a g e : Wann seid ihr nach Rußland gereist?

A n t w o r t : Im Dezember 1925.

F r a g e : Was habt ihr in Trozk fabriziert?

A n t w o r t : **Phosgen und Lost,** also wie man im Kriege sagte, **Gelbkreuz und Blaukreuz.**

F r a g e : Wie wurde das gemacht?

A n t w o r t : Es wurden Spezialmaschinen aufgestellt. Ein Teil der Fabrik bestand aus einem besonderen Füllraum zur A b f ü l l u n g v o n G a s g r a n a t e n i m U m f a n g v o n e i n e r M i l l i o n S t ü c k.

F r a g e : Wer betrieb diese Fabrik?

A n t w o r t : Seit dem Jahre 1924 die F i r m a D r. H u g o S t o l z e n b e r g in Hamburg, Müggenburger Schleuse 28.

F r a g e : **Wer hatte diesen Stolzenberg beauftragt?**

A n t w o r t : Die Reichswehr-Gesellschaft **„Gefu“.**

F r a g e : Wie war eure Bezahlung?

A n t w o r t : Sehr gut: es wurde in deutschem Gelde gezahlt. Die Arbeiter **erhielten 700 bis 900 Mark monatlich.** Darin war einbegriffen die

Heimatszahlung und die Gefahrenzulage, die von Fall zu Fall festgesetzt wurde. Die Gefahrenzulage wurde gewährt wegen der Gasgefahr.

Frage: Wurden die 700 bis 900 Mark in Rußland voll ausbezahlt?

Antwort: Nein, in Rußland wurde nur die Abrechnung mit uns gemacht. Ein Exemplar der Lohnberechnung ging an die Reichswehrgesellschaft Gefu in Berlin, die dann mit Stolzenberg verrechnete. Stolzenberg hatte in Berlin ein Bureau in der Keithstr. 9, während das Bureau der Reichswehrgesellschaft in der Keithstr. 11 war.

Frage: Welche Abzüge wurden von eurem Lohn gemacht?

Antwort: Die Steuerabzüge gingen an das jeweilig zuständige deutsche Finanzamt.

Frage: Wie hieß offiziell die Fabrik?

Antwort: **Rusk Germanskaja Fabrika Bersol, das heißt: Russisch-deutsche Bersolfabrik.**

Frage: Was ist das „Bersol"?

Antwort: Bersol ist ein explosives Salz.

Frage: Waret ihr in eurer Freiheit beschränkt?

Antwort: Ja; unsere Briefe wurden zensiert, **und wir durften keine sozialdemokratischen Zeitungen abonnieren. Die reaktionären Zeitungen, „Münchener Neueste Nachrichten", „Hamburger Nachrichten", „Dresdener Nachrichten", dagegen waren erlaubt. Sozialdemokratische Blätter sind nie durchgekommen. Es war ausgeschlossen, sie zu erhalten. Dafür durften wir einen deutschen Kollegen, der kein Russisch verstand, in den Ortssowjet wählen. (!)**

Frage: Was geschah für eure Gesundheit? Der Betrieb ist doch sehr gefährlich.

Antwort: **Es waren zwei Aerzte der aktiven Reichswehr nach Trozk abkommandiert,** ein Stabsarzt und ein Unterarzt.

Frage: Kamen noch andere deutsche Offiziere nach Trozk?

Antwort: **Jawohl; der Betrieb wurde oft von deutschen Offizieren kontrolliert, die von der Reichswehrgesellschaft Gefu abgesandt waren.**

Frage: Wie benahmen sich denn die Sowjetbehörden zu den Offizieren?

Antwort: Sehr zuvorkommend.

Frage: Wie heißen diese Offiziere?

Antwort: Einer hieß **Oberst von der Liedt; ein anderer Major Tschunke; er** hatte sich den falschen Namen Teichmann beigelegt.

Frage: Aus welchen Städten stammten die deutschen Arbeiter?

Antwort: Aus Berlin, Frankfurt a. M., Halle und Hamburg.

Frage: Wurdet ihr zu besonderem Schweigen verpflichtet?

Antwort: **Ja; man drohte uns wiederholt mit der Tscheka, die uns nicht wieder lebend aus Rußland herauslassen würde, wenn wir etwas nach Hause schrieben. Dann drohte man uns auch mit Landesverratsprozessen in Deutschland.** Wir mußten einen Kontrakt unterzeichnen, der folgenden Wortlaut hat:

> **„Es wird Ihnen ausdrücklich zur Pflicht gemacht, über sämtliche Ihnen in Rußland direkt oder indirekt bekannt werdende Vorgänge, sowie über Ihre Tätigkeit und über alle Ihnen bekannt werdenden Geschäftsvorkommnisse nach außen hin sowie auch im Betriebe selbst das strengste Stillschweigen zu bewahren, wie Ihnen auch strengstens Veröffentlichungen und Vorträge irgendwelcher Art ohne Ausnahme untersagt sind. Verstöße hiergegen ziehen sofortige Entlassung und evtl. Schadenersatzanspruch und rücksichtslose Ahndung durch die in Frage kommenden Gerichte nach sich."**

Frage: Warum habt ihr schließlich die Arbeit eingestellt?

Antwort: Es wurde gearbeitet bis zur großen Ueberschwemmung im Mai 1926.

Frage: Wurden die Löhne pünktlich bezahlt?

Antwort: Nein, es herrschte eine Riesenunzufriedenheit unter den Arbeitern und eine große Unruhe, **weil** unsere Angehörigen aus Deutschland

schrieben, daß sie das Geld, das ihnen überwiesen werden sollte, nicht erhalten hatten. Wir drohten mit den deutschen Gerichten, stellten ein Ultimatum, da hieß es gleich: „Um Gotteswillen, das gibt einen größeren Skandal als den Barmat-Skandal“, und unsere Angehörigen erhielten ihr Geld.

Frage: Blieb dann alles bis zum Schluß in Ordnung mit der Bezahlung?

Antwort: Nein, ein Teil von uns hat wegen rückständiger Gelder noch Mitte Mai 1926 in Berlin in der Keithstraße 11 im Bureau der Reichswehrgesellschaft Gefu dem dort anwesenden Herrn von Borries einen Krach machen und mit den Gerichten drohen müssen. Zuerst sagte Herr von Borries: „Wendet euch an Stolzenberg, wir haben mit ihm abgerechnet!“ **Auf unsere Drohungen mit dem Gewerbegericht wurde er windelweich.** Herr von Borries war einer der Leiter der Gefu.

Im vollen Umfang wurde diese Darstellung bestätigt durch die **Darstellung eines Arbeiters aus Halle,** der ebenfalls in der Giftgasfabrik in Trozk gearbeitet hatte. Der Gewährsmann des „Halleschen Volksblattes“ war 1925 von der Firma Stolzenberg angestellt worden und zu „einer größeren Montage“ nach Rußland versetzt worden. Das „Volksblatt“ in Halle veröffentlichte am 20. Januar 1927 einen ausführlichen Bericht über die Aussagen dieses Arbeiters. Sie deckten sich bis in die Einzelheiten mit den Aussagen der Gewährsmänner des Abgeordneten Künstler.

Der Passierschein.

Um das Geheimnis über die Arbeiten in der Giftgasfabrik in Trozk unter allen Umständen zu sichern, durften die dort tätigen Arbeiter die Fabrik nur mit einem **besonderen Passierschein** betreten, der folgendermaßen aussah:

ХИМИЧЕСКИЙ ЗАВОД „БЕРСОЛ“.

Постоянный пропуск №

Выдан служащему завода

для ежедневных посещений Тер завода отдела

час. до час

во всякое время дня и ночи.

Пропуск действителен по 31 число Января мес. 1926

ПРАВИЛА: I) Билет пред'является в проходной, а также по требованию заводской охраны

II) ПРЕД'ЯВИТЕЛЬ НЕ ИМЕЕТ ПРАВА:

1) входа в отделы и помещения, неуказанные в настоящем пропуске.
2) делать какие-либо наброски, с'емки с аппаратуры и прочее, производить фотографирование, если это не связано с исполнением прямых служебных обязанностей.

Директор

Управделами

13. Января 1926 г.

In deutscher Uebersetzung lautet dieser Passierschein:

Chemische Fabrik „Bersol".

Ständiger Passierschein Nr. . . . .

gegeben an den Angestellten der Fabrik . . . . . . für tägliche Besuche des Territoriums der Fabrik zu jeder Tages- und Nachtzeit. Der Passierschein ist in Kraft bis zum 31. Januar 1926.

— —

Vorschriften: I. Der Passierschein wird am Eingang sowie auch auf Forderung der Fabrikwache vorgezeigt.

II. Der Inhaber hat nicht das Recht:

1. Abteilungen und Räume zu betreten, die in dem vorliegenden Passierschein nicht genannt sind.
2. Irgendwelche Skizzen, Aufnahmen von der Apparatur usw. vorzunehmen und photographische Aufnahmen zu machen, wenn das nicht mit der Ausübung seiner direkten dienstlichen Pflichten verbunden ist.

Direktor: gez. Uschakow.

Abteilungsleiter: Unterschrift unleserlich.

19. Januar 1926.

Sowohl die Nummer des Scheines als auch der Name des Inhabers sind aus der Wiedergabe entfernt worden, dank dessen gegen den früheren Besitzer kein Verfahren wegen Landesverrats anhängig gemacht werden kann. Der Originalschein, einer der wenigen, die aus Rußland mit fortgebracht werden konnten, beweist, daß die Giftgasfabrik in Trozk keine Erfindung, sondern absolute Tatsache ist.

3. Die Munitionstransporte in Stettin.

Unterredung mit Stettiner Hafenarbeitern.

Einzelheiten über die Munitionstransporte in Stettin hatte zuerst der Abgeordnete Scheidemann im Reichstag in seiner Rede am 17. Dezember 1926 mitgeteilt. Er führte darüber aus:

„Aus Stettin werden uns von absolut zuverlässiger Seite Mitteilungen gemacht, wonach die Transporte der russischen Munition auf mehreren Schiffen erfolgt sind, die Ende September und Anfang Oktober aus Leningrad angekommen sind.

Sie gehörten der Stettiner Dampferkompagnie. Sie hießen „Gothenburg", „Artushof" und „Kolberg".

Ein viertes Schiff, dessen Namen ich nicht kenne, ist untergegangen. Die Schiffe wurden bei Stettin gelöscht und dann die Ladung in Eisenbahnwagen verladen."

Als die Kommunisten mit eiserner Stirne diese Tatsachen zu leugnen wagten, begab sich der Reichstagsabgordnete Künstler an Ort und Stelle, um in Stettin die Tatsachen zu prüfen. Er hatte im Januar 1927 eine **Unterredung mit zwei Stettiner Hafenarbeitern**, die wir nachstehend wörtlich wiedergeben.

Zuerst unterhielt sich Künstler mit einem Funktionär, der im **Stettiner Hafen im Arbeitsverhältnis** steht. Das Gespräch verlief folgendermaßen:

I.

Frage: Wie habt ihr zuerst von den Munitionstransporten aus Rußland erfahren?

Antwort: Im Oktober 1926 hörten wir, daß in Cavelwisch an der Einmündung des Dammschen See in die Oder zwei Schiffe ausgeladen würden von Arbeitern, die gegen das Arbeitsregulativ der Hafenarbeiter verstießen.

Frage: Was ist das für ein Arbeitsregulativ?

Antwort: Wir haben als Hafenarbeiter den Achtstundentag, darum empörte es uns, daß beim Ausladen der Schiffe in Cavelwisch Ueberstunden gemacht würden. Wir hörten auch, daß die Arbeiter seit drei Wochen auf den Schiffen einquartiert waren und täglich 40 Mk. verdienten.

Frage: Wie hoch ist denn sonst euer Arbeitsverdienst?

Antwort: Der Tariflohn beträgt 7,50 Mk. bzw. 9,75 Mk. pro Tag und kann durch Ueberstunden normalerweise höchstens auf 15 Mk. gesteigert werden. 40 Mk. täglich ist ganz ungeheuer. Zahlreiche Kollegen sind arbeitslos, und diese Arbeiter in Cavelwisch haben in drei Wochen 400 bis 500 Mk. verdient.

Frage: Griff euer Betriebsrat nicht ein?

Antwort: Doch, der Betriebsrat erkundigte sich bei dem Stauer Hippler, Krautmarkt 7 (Stauer ist eine Art Zwischenmeister. Der Verfasser). **Hippler besorgte als Stauer für die Firma Hautz u. Schmidt das Ausladen der Granaten.** Hippler antwortete, daß das **Regierungssache sei und daß er schweigen müsse.**

Frage: Hat sich euer Betriebsrat dabei beruhigt?

Antwort: Nein! Am 2. Oktober beschloß der Betriebsrat, nachzuforschen, was in Cavelwisch los sei. **Der Kommunist Holz vom Roten Frontkämpferbund**, ein Mitglied des Betriebsrates, sagte in dieser Sitzung: **„Ich weiß schon, was im Hafen los ist."**

Frage: Waren noch andere **Kommunisten** bei dieser Betriebsratssitzung anwesend?

Antwort: Ja; es waren anwesend Holz vom Roten Frontkämpferbund **und die Kommunisten Lübke und Schwellenthin.**

Frage: Und was war das Ergebnis der Nachforschung in Cavelwisch?

Antwort: Der Kollege Franz Lübke, einer der **kommunistischen** Betriebsräte, erzählte jedem, der es wissen wollte, er habe in Cavelwisch **zwei Dampfer liegen sehen mit einer Reichswehrwache in Uniform an Bord**, die keinen Unbefugten heraufließ. Auch hätte er einen Leichter mit Kisten und Säcken und **einem Reichswehrsoldaten an Bord stromaufwärts** in der Richtung nach Stettin fahren sehen. Aber in der **kommunistischen „Volkswacht"** hat Lübke nichts darüber geschrieben.

Frage: Ist Lübke auf dem Dampfer gewesen?

Antwort: Nein, er sagte, **man habe ihn nicht hinaufgelassen.**

Frage: Was geschah weiter?

Antwort: Am Sonntag, dem 17. Oktober, war unsere Monatsversammlung. Da wurde eingehend über Cavelwisch gesprochen. Die Kollegen waren empört über die Verstöße gegen das Arbeitsregulativ, wo so viele Arbeitslose im Hafen waren. Es wurde ein Beschluß gefaßt, die fünf Verbandskollegen, die in Cavelwisch gearbeitet hatten, zur nächsten Betriebsratssitzung zu laden. Sie sollten Rechenschaft ablegen, ob nach dem Arbeitsregulativ gelöscht worden sei.

Frage: Was haben die Leute ausgesagt?

Antwort: Gar nichts; denn der Obmann des Betriebsrats, **der Kommunist Schwellenthin, hintertrieb die Ladung der fünf Verbandskollegen.** Er wußte, warum.

Frage: **Wo ist die Munition hingekommen?**

Antwort: **Sie ist nach Stettin geschafft worden und dann in Güterwagen verladen worden.** Die Eisenbahnwagen hatten Laufzettel nach dem **Senneluger** und anderen Orten.

Nach dieser Unterredung hat Abg. **Künstler auch mit einem der Arbeiter gesprochen, die das Ausladen besorgt haben.**

Frage: Wie war euer Lohn beim Ausladen der Munition in Caveiwisch?

Antwort: Der Lohn betrug 40 Mk. täglich. **Wir waren während des Ausladens auf den Schiffen einquartiert.**

Frage: Was habt ihr ausgeladen?

Antwort: Der „Artushof" war nicht voll geladen. Er hat 2000 Tonnen Laderaum und wir haben **zwei Ladungen von je 250 Tonnen Granaten vom Kaliber 7,7 Zentimeter** auf den Segler „John Brinkmann" umgeladen, der nach Kiel ging. Eine solche Granate wiegt etwa 15 Pfund. (Das waren also **etwa 66 000 Granaten allein für Kiel!**)

Frage: Wieviel Granaten wurden in **Stettin** ausgeladen?

Antwort: Etwa **3000 Tonnen Artilleriemunition.** (Also **mindestens 350 000 Granaten!** (Anmerkung des Verfassers.)

Frage: Habt ihr erfahren, wo die Munition hingekommen ist?

Antwort: Die Granaten wurden mit Zündern, Kartuschen und Röhrenpulver in Kisten und Säcken auf Kähne und Leichter geladen, die dann zum „Schwarzen Meer" an der Silberwiese am Stettiner Hafen gefahren sind.

Frage: Woran saht ihr denn, daß es Granaten waren?

Antwort: Wir haben Bruch gemacht, wie das so üblich ist. Die Geheimniskrämerei kam uns so lächerlich vor. Man sagte uns, das wäre Rundeisen, aber es waren Granaten. Na, die sind ja auch rund.

Frage: Was habt ihr euch dabei gedacht?

Antwort: Na, daß das sicher eine **Sache ist, die das Licht zu scheuen hat.**

Frage: Wie war das Ausladen organisiert?

Antwort: In jedem Gang fünf Mann, zwei Gänge täglich.

Frage: Welche Firma besorgte das Ausladen?

Antwort: **Die Firma Hauß u. Schmidt, die dabei ein Riesengeld verdiente.**

Frage: **Wo ist die genaue Stelle, an der ihr den „Artushof" ausgeladen habt?**

Antwort: Der **„Artushof"** lag am 25. September 1926 am **Bollwerk 21 der Reederei** der Stettiner Dampferkompagnie. Das ist die **Reederei, der der** „Artushof" gehört.

Frage: Habt ihr festgestellt, woher die Dampfer kamen?

Antwort: Natürlich haben wir uns sehr dafür interessiert, **aus welchem** Hafen die Ladung stammte. **„Artushof" kam direkt von Leningrad.**

Frage: Woher wißt ihr das?

Antwort: Von den **Seeleuten, die uns das erzählt haben.**

Frage: Ist das auch richtig?

Antwort: **Ja, alle Seeleute des „Artushof" haben uns das erzählt.** Wir haben doch wochenlang mit auf dem Schiff geschlafen und waren immerzu mit den Seeleuten zusammen. Wenn man so lange zusammen ist, erfährt man doch, wo die Schiffe herkommen.

Frage: **War die kommunistische Hafenzelle von der Sache informiert?**

Antwort: Ja, der kommunistische Betriebsrat Lübke hat doch vor dem Dampfer gestanden; schließlich wurde allgemein am Hafen davon gesprochen.

Frage: Sind diese „Kommunisten" noch bei ihrer Partei geblieben, obwohl sie doch den schändlichen **Verrat aus allernächster Nähe miterlebt haben?**

Antwort: Ja, sie wollen eben Betriebsräte bleiben.

4. Die ‚Gefu' des Reichswehrministeriums.

Die **Brücke** zwischen der deutschen Rüstungsindustrie in Rußland und dem Reichswehrministerium bildete die **Gefu.** Diese Gesellschaft (eine Abkürzung für „Gesellschaft zur Förderung gewerblicher Unternehmungen") wurde im Jahre 1923 vom Reichswehrministerium **gegründet, mit dem Zweck, die ausländischen Rüstungsunternehmungen der**

Reichswehr zu leiten und zu verwalten. **Sie hat die Einrichtung der Junkers-Werke, den Aufbau d r Giftgasfabrik in Trozk geleitet und auch die Munitionslieferungen überwacht.** Als es im Frühjahr 1926 brenzlich wurde, hat man die Gefu rasch in „Wiko" (soll heißen: Wirtschaftskontor) umge auft, ohne damit den Charakter des Unternehmens im geringsten zu ändern.

Es würde zu weit führen, im einzelnen die Verbindung zwischen der Gefu und dem Reichwehrministerium darzulegen. Als Beweis möge genügen daß der **Generaloberst v. Seeckt** in einem Schreiben vom 18. August 1924 an Junkers erklärt hat:

„Chef der Heeresleitung.
494/24 Geheim!

Ich billige das Verhalten der Gefu in allen Teilen ... Zu der von Ihnen beantragten anderen Organisation der Gefu sehe ich keinen Anlaß. Sie hat vielmehr in jeder Beziehung ihre Pflicht getan und sich bewährt."

Aus einem weiteren Schreiben des Oberstleutnants **Senftleben** (Reichswehrministerium) vom 10. Oktober 1925 Nr. 815/25 wurde mitgeteilt, daß die **Gefu beauftragt** ist, **„die Interessen des Reichswehrministeriums zu vertreten"**.

Ueber die Verbindung dieser Gesellschaft mit Rußland bestehen einwandfreie Beweise. Sie hat **regelmäßige Zahlungen in Höhe von vielen hunderttausend Dollar** nach Rußland gemacht, und zwar an die **führenden Moskauer Banken,** wie die **Russische Staatsbank** usw. Die Zahlungen erfolgten alle 8—14 Tage noch zuletzt im Oktober 1926. Es sind **Summen von außerordentlicher Höhe aus ihren** Millionenkonten bei der Dresdner Bank und der Darmstädter Nationalbank überwiesen worden, wie z. B. im Mai 1925 550 000 Dollar (2,2 Millionen Goldmark). **Verfügungsberechtigt für diese Millionenbezüge waren Personen,** die ehemals **militärische Stellen** betreut haben.

Am 31. März 1926 wurde das **gesamte Konto Gefu** vorübergehend auf das Konto des **Oberstleutnants Senftenberg vom Reichswehrministerium** übertragen!

Der Abgeordnete **Kuttner** hat am 10. Dezember 1926 im Preußischen Landtag **ein Schreiben** verlesen, aus dem diese Verbindungen zwischen der Gefu und Moskau deutlich werden. Es ist ein Brief von der **Unterabteilung der Russischen Staatsbank an die Moskauer Filiale der Gefu,** aus dem hervorgeht, daß die **Gefu** über den **New Yorker Equitable-Banktrust laufend so große Summen an die Russische Staatsbank** zahlt, **daß sich ohne Rücksicht auf den Zinsverlust telegraphische Ueberweisung** lohnt.

Das **Gegenstück** zu diesem Brief bildet ein Schreiben der Gefu an die Filiale der Darmstädter Nationalbank in Berlin, worin sie den Auftrag auf telegraphische Ueberweisung von 50 000 Dollar nach Moskau erteilt. **In photographischer Wiedergabe lautet dieses Schreiben:**

WIRTSCHAFTSKONTOR
G.M.B.H.
Fi/Dy.

TELEGR.-ADR.: WIRTKONTOR
FERNRUF: LÜTZOW

BERLIN W 62, den 9. November 1926.

An die

Darmstädter und Nationalbank
Depositenkasse,

Werderscher Markt.

Wir bitten Sie, der Prombank in Moskau, spätestens am 20. November d.J. in Moskau eintreffend,

$ 50.000.-- (fünfzigtausend Dollars)

bei der Equitable Trust Company of New York per Kabel zur Verfügung zu stellen und die Equitrust zu veranlassen, den Eingang des Betrages der Prombank für Konto No. 184 telegrafisch zu avisieren. Die Depeschenspesen New York Moskau gehen zu Lasten der Prombank.

Ihrer Buchungsaufgabe zu Lasten unseres laufenden Reichsmarkkontos sehen wir s.Zt. entgegen.

Erledigt
Müller

Hochachtungsvoll
Wirtschaftskontor

val. 20/11 3331

4.208
210.450.- 29/11

II. Die Geständnisse der Kommunisten.

Motto: „Der getroffene Hund bellt".

Die Kommunistische Presse heulte vor Wut auf über die Enthüllung der Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Sowjet-Rußland. Die „Rote Fahne" strotzte von Beschimpfungen der Sozialdemokratie und konnte sich nicht genug tun in Entrüstung über den angeblichen „Granaten-Schwindel" und den „Lügenfeldzug" der Sozialdemokratie. Dabei wußten die Leute in der Kommunistischen Parteizentrale aber sehr genau, um was es sich drehte und daß die sozialdemokratischen Behauptungen auf Wahrheit beruhten. Alle ihre Dementis und Ableugnungsversuche trugen deshalb den Stempel der **Unwahrheit an der Stirn.**

Was die „Prawda" schrieb.

Der Anblick war jämmerlich, wie sich die Kommunistische Partei und ihre Sprecher gewunden und gedreht haben, um einer klaren Beantwortung der Frage aus dem Wege zu gehen. Die **„Prawda"**, das kommunistische Zentralorgan in Moskau, verheimlichte zehn Tage lang die Enthüllungen des „Manchester Guardian". Als sie die Sprache am 16. Dezember wiederfand, erklärte sie das Ganze für eine Zeitungsente, mußte aber zugeben, daß sich unter den bunten Federn dieses Vogels **„auch solche befinden, die den Anschein der echten Wahrheit erwecken könnten"**! Um jedoch jeder Erklärung über den Charakter dieser echten Federn auszuweichen, richtete die „Prawda" rasch das militärische Geheimnis (hört, hört) auf, um sich dahinter zu verstecken. Sie schrieb:

„Es sollen im Gebiete der Sowjetunion, **gemäß einer Vereinbarung zwischen den Militärbehörden der Sowjetunion und Deutschland**, einige deutsche Firmen vor einigen Jahren drei Werke errichtet haben, die Gegenstände herstellen, die für unseren (?) Schutz notwendig sind. Zu diesen Gegenständen sollen Flugzeuge, Giftgase, Geschosse usw. gehören. **Wir sind nicht in die Geheimnisse unserer Militärbehörde eingeweiht (??) und wir wissen nicht (??), ob diese Nachrichten der Wirklichkeit entsprechen oder nicht. Wenn wir annehmen, daß sie keine Lüge sind, so haben sie an sich gar keine Bedeutung."**

Deutlicher kann man wohl kaum ausdrücken, daß die Enthüllungen **auf** Wahrheit beruhen.

Bucharins Geständnis.

Bucharin selbst sprach einen Monat später bereits schon sehr viel rückhaltloser über die Sowjetgranaten. In der zweiten Hälfte des Januar hat er vor der Moskauer kommunistischen Organisation eine Rede gehalten, in der er sagte:

„Wir **verheimlichen nicht** und haben nicht verheimlicht, daß wir einen **Vertrag mit der Firma Junkers** geschlossen haben, daß **Flugzeuge gebaut wurden und gebaut werden,** und wir können ganz offen erklären, daß **wir nicht darauf verzichten werden, irgendeinen kapitalistischen Staat zu verwerten, falls er uns Instrukteure sendet und gegen eine entsprechende Bezahlung an uns auf unserem Gebiet Flugzeuge baut und andere,** für die Landesverteidigung notwendige **Waffen anfertigt."**

Bucharin erklärt damit grundsätzlich: auf unserem Gebiet **dürfen** Flugzeuge, Granaten, Giftgas für die deutsche Reichswehr fabriziert werden. Voraussetzung ist nur, daß wir Geld dafür erhalten. **Es ist das grundsätzliche Bekenntnis zur Sowjetgranatenpraxis.**

Die Theorie der Sowjetgranaten.

Die Moskauer „Marxisten" haben nicht nur die Reichswehr in Praxis bewaffnet, sondern in den Reden ihrer Führer finden sich so viel Aeußerungen, die auf diese Zusammenarbeit schließen lassen, daß man geradezu von einer **Theorie der Sowjetgranaten** sprechen muß.

Schon im Juni 1922, auf dem 4. Weltkongreß, hielt Bucharin eine Rede, in der er sozusagen das ganze Rüstungsprogramm entwickelte.

In einer weiteren Rede vom 1. November 1926 hat **Bucharin** die militärische Zusammenarbeit zwischen Moskau und der Reichswehr gerechtfertigt.

Noch deutlicher hat Bucharin die Theorie der Sowjetgranaten in **einer Antwort auf eine Anfrage der Zelle Schwartzkopf,** Berlin, ent-

wickelt, die anläßlich des Essener Parteitages der KPD. im März 1927 an ihn gerichtet wurde. Die Schwartzkopfzelle fragte

„ob es wahr ist, daß er (Bucharin) im Namen der Komintern den Standpunkt verteidigt habe, daß es im Jahre 1923 Aufgabe der KPD. gewesen sei, die Verteidigung des Vaterlandes gegen die Entente zusammen mit der deutschen Bourgeoisie zu unterstützen."

Bucharin setzte nun auseinander, daß sich die Rolle Deutschlands im Laufe der Jahre geändert habe. Im Kriege sei es imperialistisch gewesen. Jetzt sei es wieder imperialistisch. Aber im Jahre 1923 sei es ganz anders gewesen:

„Das Vaterland" hatte, obgleich es nicht aufgehört hatte, ein bürgerliches zu sein, wohl aufgehört, ein bürgerlich-imperialistisches zu sein; der Krieg hatte sich für Deutschland aus einem imperialistischen in einen nationalen Befreiungskampf verwandelt; diesem Kriege gegenüber konnten sich die Kommunisten nicht mehr ganz so verhalten wie dem imperialistischen Krieg gegenüber, um so mehr, als die internationale Situation **Deutschland zu einem Bündnis mit dem Lande der proletarischen Diktatur, mit der Sowjetunion drängte.** Daher jene **„Sympathie für Deutschland"**, die mit besonderer Deutlichkeit während der Ruhrbesetzung auch auf seiten der Komintern und ihrer Sektionen wie selbst auf seiten der offiziellen Organe der proletarischen Diktatur der USSR. zum Ausdruck kam."

Klara Zetkins Programm.

Ganz unumwunden hat **Klara Zetkin** als Abgesandte Moskaus bei der Locarnodebatte am 27. November 1925 im Reichstag von der Zusammenarbeit mit der Reichswehr gesprochen. Damals erklärte sie:

„Deutschlands Zukunft beruht auf einer engen **Interessengemeinschaft in** wirtschaftlicher, politischer und, wenn es sein muß, auch **militärischer Hinsicht mit der Sowjetunion . . .** Ich glaube sogar, im Gegensatz zu dem Herrn Abgeordneten Wels, daß es **nicht so aussichtslos ist**, wie er sich das vorstellt, **daß unter Umständen ein Zusammenwirken zwischen der Reichswehr und den Rotarmisten erfolgt.**"

Den Sinn dieser Aeußerung haben damals die wenigsten begriffen und außer den Reichswehroffizieren hinter dem Ministersessel des Herrn Geßler wohl überhaupt niemand im Reichstag. Erst heute ist enthüllt, was Klara Zetkin gemeint hat: **die Sowjetgranaten für die Reichswehr, die Giftgasfabrik in Trozk, die Flugzeugfabrikation von Junkers.**

Diese Gedanken von Klara Zetkin, diese Reden von Bucharin passen wunderbar zu der berühmten **Schlageter-Politik** Karl Radecks während der Zeit des Ruhrkrieges, sie passen zur Politik der Zentrale, die **Hindenburg zum Deutschen Reichspräsidenten** machen half und sie passen zu den begeisterten Leitartikeln Radeks über die **Bildung der Regierung des Besitzbürgerblocks unter Marx.**

Pieck und Creutzburg geben alles zu.

Wem aber die Darlegungen der russischen Führer nicht genügen mögen, der halte sich an das, was die deutschen Unteroffiziere der Moskauer Zentrale in dieser Angelegenheit erklärt haben.

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Creutzburg hat gar kein Hehl aus den Sowjetgranaten gemacht. Im Hauptausschuß des Reichstags vom 24. Februar 1926 bei der allgemeinen Aussprache über den Marineetat rief ihm der Abgeordnete Künstler zu:

Warum hat Sowjetrußland der Reichswehr Munition für diese Zwecke geliefert?

Creutzburg antwortete: **„Diese Munitionslieferungen gehen auf die Jahre 1921/22 zurück. Damals hatten wir ein anderes Deutschland als heute."**

Ein vollendetes öffentliches Geständnis! **Nebenbei: damals** schimpften die Kommunisten noch lauter auf die Republik **als heute.**

Unter dem Druck des Belastungsmaterials mußte auch der kommunistische Landtagsabgeordnete **Pieck die Tatsachen Junkers und Trotzk zugeben,** und hat nur noch die Stettiner Munitionstransporte zu leugnen versucht. Es geschah dies in einer Erklärung im Preußischen Landtag am 19. Januar 1927.

Diese Erklärung erfolgte vor der Veröffentlichung der Mitteilung, die die Stettiner Hafenarbeiter dem Abgeordneten Künstler gemacht haben. Sie dürften Beweis genug sein, um auch den letzten Ableugnungsversuch von Pieck restlos zu widerlegen.

Nachdem die Moskauer „Prawda" ein halbes Geständnis zur Reichswehr abgelegt hatte, durfte auch die „Rote Fahne" den Schleier etwas lüften. **Sie gestand am 27. Dezember 1926 die Einrichtung der Junkersfabrik für Kampfflugzeuge und die Einrichtung von Giftgasfabrikation.** Sie behauptete dabei allerdings, es habe sich nur um die Verteidigung Sowjetrußlands gehandelt. Es hat sich sehr bald herausgestellt, daß, so richtig der erste Teil dieser Darstellung der „Roten Fahne" war, so falsch der zweite; denn wie wir nachher sehen werden, hat die **deutsche Regierung selbst zugegeben, daß die Lieferungen aus diesen Fabriken tatsächlich nach Deutschland gekommen sind.**

Die linken Kommunisten bestätigen die Wahrheit.

Wichtig ist auch, was die linke Opposition der Kommunisten sagte.

Der frühere kommunistische Reichstagsabgeordnete **Schwarz,** auch einer von den Hinausgeworfenen, der aber unter der Herrschaft **Ruth Fischers** Abgeordneter geworden ist, hat am 17. Dezember 1926 im Reichstag eine Rede gehalten, in der er die **Enthüllungen über die Sowjetgranaten in vollem Umfang bestätigte.**

In einem **Offenen Brief** an die KPD in ihrer Sondernummer vom Februar 1927 schrieb der geschäftsführende Ausschuß der **Kommunistischen Arbeiterpartei** Deutschlands:

> Die Tatsache, daß die „Prawda" (wie auch Tschitscherin) nicht den Mut besitzt, zu leugnen, daß die deutschen Militärfabriken in Rußland „gemäß einer Vereinbarung der Militärbehörden der Sowjetunion und Deutschlands" errichtet worden sind. Diese Tatsache zeigt zu allem Ueberfluß, daß so wie die Junkersfabrik, so die Granatenfabrik, so auch diese für Giftgase **keine privatkapitalistischen Konzessionen** sind, sondern **eine Verlegung eines Teils der deutschen Kriegsindustrie nach Rußland zur Bewaffnung der deutschen Bourgeoisie.** Das kann nicht geleugnet werden.

III. Das Geständnis der Reichsregierung.

Es wäre müßig, die zahllosen Widersprüche in den einzelnen Dementis und Ableugnungsversuchen der Kommunisten nachzuweisen. Es genügt, zu wissen, daß ihr ganzes Gerede und Geschrei durch eine große Tatsache restlos widerlegt worden ist und das ist **das Geständnis der Reichsregierung.** Bereits in den Verhandlungen des Reichstages Mitte Februar hat der Reichswehrminister **Geßler** im Beisein der kommunistischen Abgeordneten **Toraler** und **Creutzburg** mitgeteilt, daß **nach dem unglückseligen russisch-polnischen Krieg die russische Regierung an Deutschland herangetreten** sei mit dem Ersuchen um Hilfe beim Aus-

bau der russischen Armee. Die Vorverhandlungen fanden 1921 statt. An diesen war General Seeckt beteiligt. Sie bildeten die Grundlage für alle später erfolgten Rüstungslieferungen.

Das ist das eine.

Das andere aber ist die Erklärung der Reichsregierung am 24. Februar 1927 im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages, in der die Richtigkeit der von den Sozialdemokraten aufgestellten Behauptungen in vollem Umfang zugegeben worden ist.

Trotz der Vertraulichkeit der Verhandlungen genügt vollkommen, was darüber an Mitteilungen in die Presse gekommen ist.

In der „Rheinischen Zeitung" vom 24. Februar 1927 wurde mitgeteilt:

„Die Beratungen waren geheim, aber schon wenige Stunden nach ihrem Abschlusse wußte alle Welt in der Wandelhalle des Reichstages: Der Reichswehrminister Dr. Geßler hat die sozialdemokratischen Behauptungen in vollstem Maße bestätigen müssen. Er hat zugleich ins einzelne gehende Angaben über die Herkunft der riesenhaften Summen gegeben, die in den Zeiten höchster Inflation für Munition nach Rußland geflossen sind. Wird die kommunistische Presse nun auch fernerhin noch zu leugnen wagen? Wer wird ihr noch das Geringste glauben! Dr. Geßler selbst hat die Munitionsverträge und die Munitionslieferungen eingestanden."

Das „Berliner Tageblatt" wußte zu berichten:

„Die Verhandlungen im Auswärtigen Ausschuß haben neues Material nicht mehr gebracht. Wohl aber konnte man aus den Erklärungen der Vertreter der Reichsregierung entnehmen, daß offenbar im großen und ganzen das veröffentlichte Material über die Beziehungen von gewissen Stellen des Reichswehrministeriums zu mehr oder weniger amtlichen Organen der Sowjetrepublik den Tatsachen entspricht."

Damit sind alle Verschleierungsversuche, alle Ausflüchte und alle Dementiermätzchen der kommunistischen Presse von Grund auf widerlegt.

Die Sowjetunion hat die Reichswehr bewaffnet, sie war ihr Munitions- und Kriegslieferant von 1921 bis Herbst 1926.

Rotgardist und Reichswehr Arm in Arm!

IV. Der Schwindel von der Hetze gegen Sowjetrußland.

In der Verzweiflung über die Schlag auf Schlag folgenden Enthüllungen von der Zusammenarbeit zwischen Moskau und der Reichswehr haben die Kommunisten dazu gegriffen, das ganze als einen angeblichen Feldzug gegen Sowjetrußland hinzustellen. Sie suchten die Enthüllungen mit dem Hinweis zu entkräften, es handle sich um eine antibolschewistische Hetze zum Zweck der Einkreisung Sowjetrußlands.

Es ist klar, daß dieses Geschrei nur ein **klägliches Ablenkungsmanöver** ist, weil man sich im kommunistischen Lager außerstande sah, **die Tatsachen selbst zu widerlegen.** Nichts ist ja auch lächerlicher als die Behauptung, die Abgeordneten Scheidemann und Künstler seien „Agenten Chamberlains", die im Dienste des englischen Imperialismus „Einkreisungspolitik" gegenüber der Sowjetunion betrieben. Wer sich im politischen Denken auch nur einigermaßen von den Parolen der kommunistischen Presse freizuhalten vermochte, wird die grenzenlose Lächerlichkeit einer solchen Behauptung ohne weiteres begreifen. Aber die kommunistische Presse rechnet eben noch immer mit der Parolen-

gläubigkeit und der politischen Unaufgeklärtheit breiterer Massen der Arbeiterschaft!

Es lohnt sich nicht, den Unsinn dieses Geredes im einzelnen zu beweisen.

Diejenigen aber, die geneigt sind, an die Behauptungen der kommunistischen Agenten zu glauben, mögen sich doch selbst einmal die Frage vorlegen:

Was ist das Verbrechen? Das geheime Bündnis Moskaus mit der Reichswehr oder seine Enthüllung durch die Sozialdemokratie?

Die Sozialdemokratie ist noch immer der Meinung, daß nicht derjenige der Schurke ist, der ein Verbrechen enthüllt, sondern derjenige, der es begeht.

Von den Kommunisten wird auf einen **drohenden** Krieg Englands gegen Sowjetrußland hingewiesen. Die Kommunisten behaupten: **Deutschland ist der Verbündete Englands**, und die deutschen **Sozialdemokraten**, die die Granatenlieferungen Sowjetrußlands an die Reichswehr aufdeckten, seien **Agenten von Chamberlain.**

Wenn Deutschland der Verbündete Englands ist, wie die Kommunisten behaupten, dann drängt sich uns die Frage auf: **Warum liefert denn aber Sowjetrußland seinem Gegner die Munition?**

Haben diejenigen, die den deutschen Arbeitern einreden, als ob Rußland vor einem deutschen Angriff stünde, sich einmal überlegt, wie **unsinnig und gedankenlos eine solche Behauptung ist?**

Die Reichswehr, die nach kommunistischer Redeweise im Solde Englands Sowjetrußland bekämpfen soll, wird also, wenn man den Gedankengängen der Kommunisten folgen würde, **Rußland mit Sowjetgranaten bombardieren.** Fürwahr, ein großartiges Ergebnis der bolschewistischen Politik.

Jahraus jahrein hat die deutsche Sozialdemokratie die Proletarier vor dieser angeblich revolutionären Partei gewarnt. Die Kenntnis von dem wahren Gesicht Moskaus hat zur Kritik und zur Bekämpfung der kommunistischen Bewegung gezwungen. Jetzt zeigt sich, daß **die sozialdemokratische Kritik noch lange nicht scharf genug** gewesen ist; denn was in den letzten Monaten einwandfrei bewiesen wurde, übersteigt um ein vielfaches auch die ärgsten Vermutungen Wer Augen hatte zu sehen, wußte schon das **berühmte Frühstück** zu deuten, das seinerzeit der **Generaloberst von Seeckt** anläßlich eines Besuches dem **russischen Außenminister Tschitscherin** in Berlin gab. Nicht umsonst ist über diesen Vorgang damals **keine Zeile in der „Roten Fahne"** zu lesen gewesen. Wenn aber damals schon für den Politiker feststand, daß die beiden „Machthaber" bei ihrem Zusammentreffen sich nicht gerade vom Wetter unterhalten haben werden, so wissen wir heute um so besser, daß sich ihr **Gespräch um Granatenlieferung, um die Produktion von Kriegsflugzeugen und die Einrichtung von Giftgasfabriken gedreht haben dürfte.**

Moskau im Bündnis mit der Reichswehr!
Moskau als Munitionslieferant für die Gegenrevolution!
Rotgardist und Dr. Geßler Arm in Arm!

Es ist die Pflicht der deutschen Sozialdemokratie, der deutschen Arbeiterschaft zu zeigen, was in und von Moskau gespielt wird. Mit allen Mitteln der Demagogie und Vernebelung hat Moskau es immer wieder verstanden, die irregeleiteten Massen zu übertölpeln. Die Ent-

hüllungen über die brüderliche Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Sowjetunion haben jedoch manchem, der bisher immer noch gutgläubig oder berauscht von der revolutionären Phrase der KPD. Gefolgschaft leistete, zu denken gegeben. **Bis in das Innerste hinein steht heute die KPD. erschüttert angesichts der Entlarvung des Moskauer Doppelspiels da.** Moskau hat die von der Reichswehr 1922 bestellten Granaten **bis zum November 1926 geliefert. Moskau hat also die deutsche Reichswehr bewaffnet** und mit den Mitteln des modernen Kriegs und Bürgerkriegs versehen.

Heute wissen die deutschen Arbeiter, daß sich **die russische Regierung nicht damit entschuldigen kann,** sie habe nichts von den Einrichtungen der deutschen Reichswehr in Rußland gewußt. **Die russische Industrie ist staatlich oder staatlich konzessioniert und überwacht.** Das Monopol der Ausfuhr aller Waren aus Rußland ist in den Händen des Staates. Nichts kann fabriziert, nichts kann exportiert werden, wovon die Machthaber Rußlands nichts erfahren. Es gibt kein Entrinnen. **Moskau ist voll verantwortlich.**

Der deutsche kommunistische Arbeiter hat in seiner grenzenlosen Gutgläubigkeit es für seine proletarische Pflicht gehalten, gemäß dem Befehle Moskaus, in **bewaffnetem Aufstand** das „Klassenregiment der Deutschen Republik“ zu stürzen und an seine Stelle die „Diktatur des Proletariats“ zu setzen. Getreu der Ordre aus Moskau haben sich Hunderttausende dieser Aufgabe hingegeben, in der **Märzaktion 1921, in Hamburg 1922 und 1923 in Sachsen und Thüringen.** Die irregeführten Arbeiter sind zu Hunderten von den Maschinengewehren der Reichswehr hingemäht worden. Viele Tausende wanderten in die Gefängnisse. **Die Arbeiter sind berechtigt, die Frage aufzuwerfen, ob nicht die Maschinengewehre und Kanonen der Reichswehr 1923 den Aufstand der deutschen Kommunisten mit russischer Munition niederkartätscht haben. Niemals ist schurkischer an der Idee der sozialen Revolution gefrevelt worden als von den leitenden Männern Sowjetrußlands und ihren Drahtziehern in Deutschland.**

Die deutsche Sozialdemokratie muß diese Dinge dem deutschen Proletariat schonungslos vor Augen halten, um den Prozeß der Heilung von der kommunistischen Krankheit, der schon seit längerer Zeit im Gange ist, zu beschleunigen. Zu diesem Zweck wurden die wichtigsten Tatsachen zusammengestellt, die durch die Enthüllungen von 1926/27 ans Tageslicht gekommen sind. **Mögen sie jedem deutschen Arbeiter die Augen öffnen. Die Tatsachen müssen auch dem letzten Gefolgsmann der KPD. aufs eindringlichste ins Gewissen reden, ob er es verantworten kann, daß weiterhin Leib und Leben des deutschen Proletariats einer Politik von solcher Gewissenlosigkeit geopfert werden darf, wie Moskau sie treibt.**

Manchem ehrlich überzeugten Kommunisten — und wir haben nie bezweifelt, daß es solche in den Reihen der KPD. gibt — mag die Entscheidung hart ankommen. Allein, er begeht **Verrat an der Arbeiterschaft, wenn er den Schlußfolgerungen aus den angeführten Tatsachen auszuweichen sucht.** Für jeden Arbeiter, der es mit der Befreiung der Arbeiterklasse ernst nimmt, gibt es **nur eine Losung:**

Das Spiel der KPD. ist aus.

Die einzige deutsche Arbeiterpartei ist die Sozialdemokratie.

In ihre Reihen gehört jeder klassenbewußte Proletarier.

Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Verantwortlich: Georg Schmidt, Berlin. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei, Berlin.